

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 09/2017

2. MAI 2017 | MARKUS KRÜSEMANN

arbeit, Minijobs, Befristungen oder Niedriglöhne: Miese Jobs gibt es viel zu viele. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das Topthema dieser Ausgabe: Befristung.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 16.05.2017.

1] TOPTHEMA: BEFRISTUNG

Hauptsache Arbeit, auch wenn es nur auf Zeit ist? Ein befristeter Arbeitsvertrag hat den Kündigungstermin schon gleich festgeschrieben. Was zunächst noch in weiter Ferne erscheint, wird, je näher das Ende rückt, zu einer enormen Belastung. Wie soll es weitergehen? Im Jahr 2015 waren etwa 2,8 Millionen Kernerwerbstätige befristet beschäftigt. Weitet man die Gruppe auf alle abhängig Erwerbstätigen (ohne Azubis) aus, so waren es sogar 2,95 Millionen.

Betroffen sind vor allem weibliche und junge Berufstätige. Familienplanung oder andere längerfristige Lebensentwürfe aufzustellen, das fällt ihnen ungleich schwerer. Für die Arbeitgeberseite sind zeitlich begrenzte Jobs dagegen eine bequeme Sache, und verlängerte Probezeiten sowie besonders engagiertes und folgsames Personal (das will sich ja bewähren) sind das Sahnehäubchen. Der wissenschaftliche Nachwuchs sitzt seit Jahren schon beinahe durchgängig auf dieser Art Schleudersitz, aber auch in den Behörden wird das Befristungsunwesen gern gepflegt.... Doch lesen Sie selbst.

Jobs für Informatiker vergleichsweise selten befristet

Der Anteil an befristeten Anstellungen ist bei Informatikern im Vergleich zu anderen Berufsgruppen eher klein. 2016 boten Arbeitgeber bei 89 Prozent der bei der BA gemeldeten Stellen für IT-ler einen unbefristeten Arbeitsvertrag an.

Zum Vergleich: Bei den Stellen über alle Branchen hinweg waren es 82 Prozent. Das Verhältnis war noch eindeutiger bei den IT-Experten mit einem akademischen Hintergrund.

Quelle: FR online vom 01.05.2017

Gewerkschaft: Viele Jobs nur befristet

In Mecklenburg-Vorpommern hat jeder 11. Beschäftigte nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Die Zahl der Arbeitnehmer mit befristeten Jobs ist seit 2007 zwar von 61000 auf 59000 gesunken – doch aus Gewerkschaftssicht werden immer noch zu viele Arbeitsverträge mit einer Befristung geschlossen.

Insbesondere für junge Menschen sind befristete Jobs aus Sicht des Gewerkschafters „eine Zumutung“. „Sie erschweren die Familienplanung und die private Altersvorsorge“, erklärt Schlüter.

Quelle: SVZ.de vom 29.04.2017

DGB NRW fordert Sofortprogramm für feste Jobs

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert von der nächsten nordrhein-westfälischen Regierung noch in diesem Jahr Lösungen für Probleme auf dem Arbeitsmarkt (...). Das Land brauche Konzepte gegen sachgrundlos befristete Jobs sowie mangelnde Krippen- und Ausbildungsplätze.

Drittens müsse sich die Landesregierung beim Bund engagierter als bisher dafür einsetzen, dass sachgrundlose Beschäftigung gesetzlich verboten werde. In NRW seien insgesamt rund 600 000 Jobs zeitlich befristet - davon viele ohne sachlichen Grund.

Quelle: Mindener Tageblatt online vom 26.04.2017

Uni-Chefs wollen Mitarbeiter weiter befristen

Viele Wissenschaftler an deutschen Hochschulen sind befristet beschäftigt. Geht es nach den Rektoren, wird sich daran nicht viel ändern - trotz Gesetzesreform und öffentlicher Debatte.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hat 156 Rektoren und Hochschulpräsidenten befragt, ob der Anteil unbefristeter Stellen erhöht werden soll. Ein Ergebnis: An öffentlichen Unis sollen solche Stellen nach dem Willen der Leitung nur um rund fünf Prozentpunkte aufgestockt werden.

Quelle: Spiegel online vom 24.04.2017

Viele befristete Landesstellen ohne Sachgrund

Bei über der Hälfte der Landesstellen mit einer Befristung gibt es dafür keinen sachlichen Grund. Dies geht aus einer gestern noch unveröffentlichten Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU hervor.

Demnach waren per Ende Dezember vergangenen Jahres 2444 Beschäftigungsverhältnisse befristet, in fast 1400 Fällen allerdings ohne Sachgrund. Dies entspricht knapp 60 Prozent. (...) Sachliche Gründe für eine Befristung sind unter anderem Elternzeitvertretungen.

Quelle: RP online vom 24.04.2017

2,8 Millionen Arbeitsstellen sind befristet

Es war eine der ersten arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen der Regierung Kohl: Sie schuf 1985 die Möglichkeit, Arbeitsverhältnisse ohne sachliche Begründung zu befristen. Seither steigt die Zahl dieser Jobs. In den letzten 20 Jahren hat sie sich laut Bundesarbeitsministerium verdoppelt.

Der Anteil befristeter Beschäftigter, die für einen Niedriglohn von 10,36 Euro pro Stunde oder weniger arbeiten, ist mit gut 30 Prozent höher als im Durchschnitt aller abhängig Beschäftigten (20,6%) und fast dreimal so hoch wie der Anteil der Beschäftigten mit unbefristetem Arbeitsvertrag (10,7%).

Quelle: BR.de vom 21.04.2017

Jung, weiblich, befristet

In Deutschland arbeiten vor allem Frauen und junge Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen. (...) Mehr als jeder fünfte Berufstätige zwischen 15 und 24 Jahren hat einen befristeten Job. Bei den 25- bis 34-Jährigen sind es 13,1 Prozent.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse mehr als verdoppelt. Während sie 1996 noch bei 1,3 Millionen lag, waren es 2015 rund 2,8 Millionen. Der Anteil der Befristungen fällt in einzelnen Branchen unterschiedlich aus.

Quelle: RP online vom 21.04.2017

Befristete Jobs schaden der Wissenschaft

2,8 Millionen Menschen in Deutschland haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Das ist nicht nur für die Betroffenen schlecht. Es schadet auch der Zukunft des Wissenschaftsstandortes Deutschland.

Der Anteil der Befristungen fällt in den einzelnen Branchen unterschiedlich aus. Die meisten verzeichnet die Sparte Erziehung und Unterricht mit 12,7 Prozent, gefolgt vom Gastgewerbe, wo jeder zehnte Arbeitnehmer einen Job auf Zeit hat.

Quelle: Wirtschaftswoche online vom 21.04.2017

2] WEITERE BERICHTE

Billiglöhner hinter Gittern

Druckerei, Wäscherei, Schlosserei: Justizvollzugsanstalten sind regelrechte Großbetriebe. Die Gefangenen müssen zu Niedrigstlöhnen arbeiten. Und die Konkurrenz in der freien Wirtschaft stöhnt.

Man könnte dagegenhalten, dass die schlecht bezahlte Arbeit ein Teil der Strafe wäre. Aber das lässt Rast nicht gelten. "Nicht das Lohndumping ist die Strafe, sondern der Freiheitsentzug", sagt er. (...) Vor allem: Die Billigarbeit treibe die Gefangenen in die Armut.

Quelle: Spiegel online vom 01.05.2017

Raus aus der Teilzeitfalle

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) beharrt auf einem Rechtsanspruch auf Rückkehr aus Teilzeitjobs in Vollzeit. "Die lebenslange Hinzuverdienerrolle der deutschen Ehefrau ist nicht mehr zeitgemäß", argumentiert sie.

"Gerade für Frauen wird die Teilzeit oft zur Falle: Der Lohn reicht nicht, die Rente ist gering, und bei der Karriere werden sie von den Männern in Vollzeit ausgebremst", so Nahles. Nach ihren Angaben würden 750 000 Teilzeitbeschäftigte gern mehr arbeiten.

Quelle: ZVW.de vom 30.04.2017

Initiative gegen Unterschiede bei Pflege-Mindestlohn

Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) will die Unterschiede bei den Pflege-Mindestlöhnen in Ost und West nicht hinnehmen, die nach einer neuen Festlegung mindestens bis 2020 gelten sollen.

Nach einem Beschluss der Pflegekommission des Bundes vor wenigen Tagen steigt der Mindestlohn in der

Pflege bis 2020 von bisher 10,20 Euro schrittweise auf 11,35 Euro im Westen und von 9,50 auf 10,85 Euro im Osten.

Quelle: SVZ.de vom 30.04.2017

Vier von zehn Leiharbeitern rutschen direkt in Hartz IV

Fast 130.000 Leiharbeitsbeschäftigte, die im vergangenen Jahr arbeitslos wurden, erhielten keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Stattdessen rutschten sie direkt in den Hartz-IV-Bezug.

Ursache sind die gesetzlichen Hürden für den Bezug von Arbeitslosengeld I (ALG I): Für die 24 Monate vor Eintreten der Erwerbslosigkeit müssen die Betroffenen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit einer Gesamtdauer von mindestens einem Jahr nachweisen.

Quelle: Berliner Zeitung online vom 28.04.2017

15 Millionen Beschäftigte arbeiten in Teilzeit

Insgesamt haben immer mehr Menschen einen Job, aber die Vollzeitstellen nehmen ab. Waren im vergangenen Jahr rund 15,3 Millionen Menschen in Teilzeit beschäftigt, betrug die Zahl zwanzig Jahre zuvor nur rund 8,3 Millionen.

1991 gab es noch 28,9 Millionen Vollzeit- und 6,3 Millionen Teilzeitbeschäftigte. Die Teilzeitquote stieg seither kontinuierlich von 17,9 Prozent auf 39 Prozent im vergangenen Jahr an.

Quelle: Spiegel online vom 28.04.2017

Ausbeutung 2.0

Polnische Arbeiter werden in Deutschland oft um ihren Lohn gebracht. (...) An den Polnischen Sozialrat werden sich jedes Jahr 5000 Arbeiter, die sich von deutschen Arbeitgebern übers Ohr gehauen fühlen.

Für die Sub-Sub-Sub-Unternehmen ist das Risiko gering: „Die Arbeiter werden ausgenutzt und betrogen, dann gehen sie und es kommen neue“, sagt Kamila Schöll-Mazurek vom polnischen Sozialrat in Berlin.

Quelle: Correctiv.org vom 27.04.2017

Leiharbeit zu Dumpinglöhnen befürchtet

Um die geplante Brotfabrik in Wittenberg gibt es wieder Streit. Angeblich wechselt keiner der Mitarbeiter des alten Werks aus Weißenfels an den neuen Standort. (...) Der tschechische Mutterkonzern Agrofert will nach Gewerkschaftsangaben an dem neuen Standort die 200 Arbeitsplätze zunächst nur mit Leiharbeitern besetzen.

Der tschechische Konzern will die Großbäckerei in Wittenberg selbst betreiben. Die Waren sollen dann an das Tochterunternehmen Lieken verkauft werden. Damit kann Agrofert auch die Tarifbindung umgehen.

Quelle: MDR.de vom 27.04.2017

Mindestlohn: Und wo bleiben die Langzeitarbeitslosen?

Die Fraktion die Linke ist mit ihrem Antrag auf Veränderungen beim Mindestlohn gescheitert (...). Die CDU/CSU betonte, dass für die Mindestlohngestaltung nicht die Politik, sondern die dafür eingesetzte Kommission zuständig sei. (...) Die SPD verteidigte zudem noch die Ausnahmeregelungen.

Die Langzeitarbeitslosen, die in den ersten sechs Monaten ihrer Beschäftigung vom Mindestlohn ausgeschlossen sind, waren offensichtlich nicht einmal einer Antwort wert. Dabei wurde erst kürzlich festgestellt, dass diese von den Mindestlohnausnahmen nicht profitieren.

Quelle: heise.de vom 27.04.2017

Neuer Anlauf zum Branchenmindestlohn

Verdi fordert die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und den BDE erneut zu Verhandlungen über den Branchenmindestlohn in der Abfallwirtschaft auf.

Hintergrund ist, dass der Branchenmindestlohn in Höhe von 9,10 Euro für die Abfallwirtschaft zum 31. März 2017 ausgelaufen und dadurch auf den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro zurückgefallen ist.

Quelle: Recyclingmagazin.de vom 26.04.2017

19 Prozent der Ruheständler arbeiten des Geldes wegen

Wenn Menschen im Rentenalter einer Erwerbsarbeit nachgehen, dann machen sie das zu 26 Prozent aus Freude an der Arbeit. Aber 19 Prozent der Ruheständler gehen einer Weiterbeschäftigung nach, um weiterhin Geld zu verdienen.

Unterscheidet man die Befragten nach Bildungsabschlüssen, zeigt sich ein differenzierteres Bild: (...) So gab jeder vierte Befragte mit geringer Bildung an, dass der Hinzuverdienst der Hauptgrund für eine bezahlte Tätigkeit im Ruhestand ist.

Quelle: neues deutschland online vom 26.04.2017

Mehr Solo-Selbstständige, mehr Mängel

Als die Bundesregierung 2004 die Meisterpflicht für das Fliesenlegerhandwerk, für Betonstein- und Terrazzohersteller sowie für Mosaik-, Estrich- und Plattenleger abgeschafft, verknüpfte sie damit hoch gesteckte Erwartungen (...). Es war die Ära der „Liberalisierung des Arbeitsmarkts“.

Danach stieg die Zahl der Betriebe (...) sprunghaft von 12 400 auf 71 100 im Jahr 2015 an. Dabei handelte es sich nach Darstellung der Gewerkschaft und der Arbeitgeber aber überwiegend um Ein-Mann-Betriebe, in der Regel ohne Meisterbrief, oftmals ohne jeden Qualifikationsnachweis.

Quelle: FR online vom 26.04.2017

Mindestlohn in Pflege steigt ab Januar 2018

Der Mindestlohn für Pflegekräfte soll steigen: Ab 1. Januar 2018 soll er im Westen 10,55 und im Osten 10,05 Euro betragen. Darauf einigte sich die Pflegekommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie das Bundesarbeitsministerium in Berlin mitteilte.

Aktuell liegt der 2010 in der Pflegebranche eingeführte Mindestlohn bei 10,20 Euro (West) beziehungsweise 9,50 Euro (Ost). In Einrichtungen, die unter den Pflegemindestlohn fallen, arbeiten derzeit nach Ministeriumsangaben rund 900.000 Beschäftigte.

Quelle: N-TV.de vom 25.04.2017

Die Folgen des Mindestlohns

Für Schlagzeilen sorgte besonders eine Studie des Dresdner Institutes für Wirtschaftsforschung (...). Darin prognostizierten die Wissenschaftler, dass in Sachsen zwischen 30 000 und 60 000 Jobs durch die Einführung des Mindestlohns betroffen seien.

Die Realität hat diese Prognosen überholt. Die Pirnaer Arbeitsagentur teilt auf eine SZ-Anfrage mit, dass ihr nicht ein einziger Fall bekannt ist, bei dem aufgrund des Mindestlohns Jobs weggefallen sind.

Quelle: Sächsische Zeitung online vom 25.04.2017

Atypische Beschäftigung dominiert die Stellenangebote der BA

Mehr als jedes zweite bei der Bundesagentur für Arbeit registrierte Stellenangebot ist ein atypisches Beschäftigungsverhältnis. (...) Der Weg in „gute Arbeit“ steht also trotz einer Rekordzahl offener Stellen längst nicht allen offen.

Das wirft auch ein schlechtes Licht auf die von der Arbeitsagentur gemeldete Rekordzahl offener Stellen. Denn atypische Beschäftigung (...) ist im Stellenangebot auch in Hinblick auf die tatsächliche Bedeutung am Arbeitsmarkt überproportional vertreten.

Quelle: O-Ton-Arbeitsmarkt.de vom 25.04.2017

Mies bezahlt und in Teilzeit

Beschäftigte in Pflegeberufen arbeiten überdurchschnittlich oft in Teilzeit. Zu dem Ergebnis sind die Forscherinnen Lena Hipp, Nadiya Kelle und Lydia-Maria Quart vom Wissenschaftszentrum Berlin gekommen. Sie haben Daten der europäischen Arbeitskräfteerhebung (...) ausgewertet.

Auffällig ist, dass jede fünfte Pflegehilfskraft gerne ihre Wochenstunden erhöhen möchte. Gleichzeitig hätten insgesamt mehr als 80 Prozent der Befragten angegeben, dass sie keine volle Stelle anstreben.

Quelle: junge Welt online vom 25.04.2017

Rechte von Minijobbern oft verletzt

So gilt für geringfügig Beschäftigte der gesetzliche Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde - laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung wurden vor zwei Jahren jedoch 44 Prozent der Minijobber unter dem Mindestlohn bezahlt.

Nach einer Untersuchung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung bekamen 2016 mehr als die Hälfte der Minijobber keinen bezahlten Urlaub, obwohl sie einen Anspruch darauf haben. Der Lohn muss ihnen im Krankheitsfall weitergezahlt werden, doch 29 Prozent erhielten bei Krankheit kein Geld.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung online vom 24.04.2017

Aus der Welt der Mindestlöhne (und ihrer angeblichen Gefahren)

Der Mindestlohn ist mal wieder Thema in der kritischen Berichterstattung. Alleinerziehende brauchen oft ergänzende Sozialleistungen (...): »Ein Vollzeitjob mit Mindestlohn reicht für viele Arbeitnehmer nicht aus, um Lebenshaltungs- und Wohnkosten zu decken. Dies gilt insbesondere für Alleinerziehende (...).«

Und dann gibt es da ja noch die Minijobs. Eine der wenigen verbliebenen (scheinbaren) Kritikpunkte der vielen Mindestlohngegner gerade aus der Ökonomenzunft bezieht sich auf den (angeblichen) massenhaften Abbau geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.

Quelle: Aktuelle Sozialpolitik, Blogeintrag vom 23.04.2017

Europaweit flexible Arbeitszeiten für Eltern geplant

Nach dem Willen der EU-Kommission sollen Eltern künftig mindestens bis zum zwölften Lebensjahr ihrer Kinder EU-weit ein Recht auf zeitlich befristete Teilzeitarbeit haben. Anschließend sollen sie nach der Teilzeitphase problemlos auf eine Vollzeitstelle zurückkehren können.

Die Kommission will die Pläne am Mittwoch im Rahmen einer umfangreichen Initiative zum "Aufbau einer europäischen Säule von sozialen Rechten" präsentieren. (...) Die Regelung soll für alle Unternehmen gelten, unabhängig von der Betriebsgröße.

Quelle: Zeit online vom 23.04.2017

Crowdworker - die Wanderarbeiter der digitalen Generation

Dank Internet und schneller Datenleitungen entsteht neue Arbeit – Crowdfunding genannt. Doch davon können viele Menschen kaum leben. (...) Nicht selten müssen die Arbeitnehmer mit sehr niedrigen Verdiensten und löchriger sozialer Absicherung zurechtkommen.

Wie viele Leute in Deutschland mittlerweile als Crowdworker arbeiten, ist schwierig zu schätzen – vielleicht gut 100.000. Marktführer Clickworker gibt an, es seien mehr als 800.000 Selbstständige registriert.

Quelle: WAZ online vom 22.04.2017

Osteuropäische Arbeiter werden weiterhin ausgebeutet

Osteuropäische Werkarbeiter in der deutschen Schlachtindustrie werden weiterhin ausgebeutet. Der Mindestlohn steht für viele Rumänen oder Bulgaren nur auf dem Papier. Wer sich wehrt, fliegt schnell raus.

Unter den geltenden Bedingungen ist den miesen Praktiken kaum beizukommen. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit oder die Staatsanwaltschaften kommen aufgrund zahlreicher Rechtsnormen bei der Verfolgung von Verstößen nur langsam voran.

Quelle: Badische Zeitung online vom 22.04.2017

Mäßig bezahlt, aber ziemlich zufrieden

Viele sogenannte Soloselbstständige müssen mit niedrigen Verdiensten zurechtkommen. Gut 22 Prozent dieser

Beschäftigten erzielen weniger als 1000 Euro brutto pro Monat, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Gewerkschaft ver.di.

Ver.di wollte mit der Umfrage erfahren, was Freiberuflern auf den Nägeln brennt. Fast 60 Prozent sagten, dass ihr größtes Problem darin liege, "regelmäßige und ausreichende Einnahmen zu erzielen". 45 Prozent fanden es schwierig, sich für "Krankheit, Alter und Auftragslosigkeit abzusichern".

Quelle: Mannheimer Morgen online vom 20.04.2017

Mehr Verstöße in Sachsen-Anhalt

Mehr Verstöße registrierte der Zoll auch beim Mindestlohn. Nach 55 Fällen 2015 wurde 2016 bereits 149 Mal gegen das Mindestlohngesetz verstoßen. Die meisten Tricks, die Lohnuntergrenze zu umgehen, kenne man bereits aus der Vergangenheit, erklärte eine Sprecherin.

Dazu zählen etwa die Anrechnung von Zuschlägen auf den Grundlohn oder die Reduzierung der Arbeitszeit auf dem Papier, obwohl in gleichem Umfang weitergearbeitet wird.

Quelle: Volksstimme online vom 20.04.2017

Minijobber profitieren von Mindestlohn

Die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 hat laut Arbeitsmarktforschern in der Bundesrepublik zur Umwandlung von Minijobs in reguläre Arbeitsplätze geführt. (...) Profitiert hätten vor allem Frauen, Ältere und Menschen aus Ostdeutschland.

Nach Angaben der Bundesagentur hatte im Januar 2015, direkt nach der Einführung des Mindestlohnes, die Zahl der Umwandlungen mit 110 000 mehr als doppelt so hoch gelegen wie im Jahr 2014. Allerdings sei damit auch ein gewisser Verdrängungseffekt verbunden gewesen.

Quelle: neues deutschland online vom 20.04.2017

Das Heer digitaler Heimwerker wächst

Crowdworking-Plattformen bieten Jobs für Zehntausende Heimarbeiter – oft schlecht bezahlt. Die Internet-Wirtschaft schafft neue Stellen, die aber oft schlecht entlohnt werden.

Die Fortschritte der Datentechnologie lassen ständig Geschäftsmodelle und Arbeitsformen entstehen, die die althergebrachte Ökonomie ergänzen, umformen und unterwandern. Nicht selten müssen die Arbeitnehmer mit sehr niedrigen Verdiensten und löchriger sozialer Absicherung zurechtkommen.

Quelle: Schwäbische.de vom 19.04.2017

IG Metall sagt Ja: Leiharbeit bis zu 48 Monaten

In der Metall- und Elektroindustrie können Zeitarbeiter künftig deutlich länger beschäftigt werden. Gesamtmetall und IG Metall haben sich darauf verständigt, die Höchstverleihdauer von 18 Monaten auf bis zu 48 Monate anzuheben, berichtet die HAZ.

Die Zeitung beruft sich auf den neuen "Tarifvertrag zum Einsatz von Leih- und Zeitarbeitnehmern", der ihr vorliege. (...) Die neue Regelung für die Metallindustrie sehe vor, dass Arbeitgeber und Betriebsräte auf der Firmenebene

eine Verleihdauer von bis zu 48 Monaten vereinbaren könnten.

Quelle: Produktion.de vom 19.04.2017

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-092017--2049.html>

PDF erstellt am: 04.12.2020